iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Corona-Krise | 27.03.2020 | Lesezeit 2 Min.

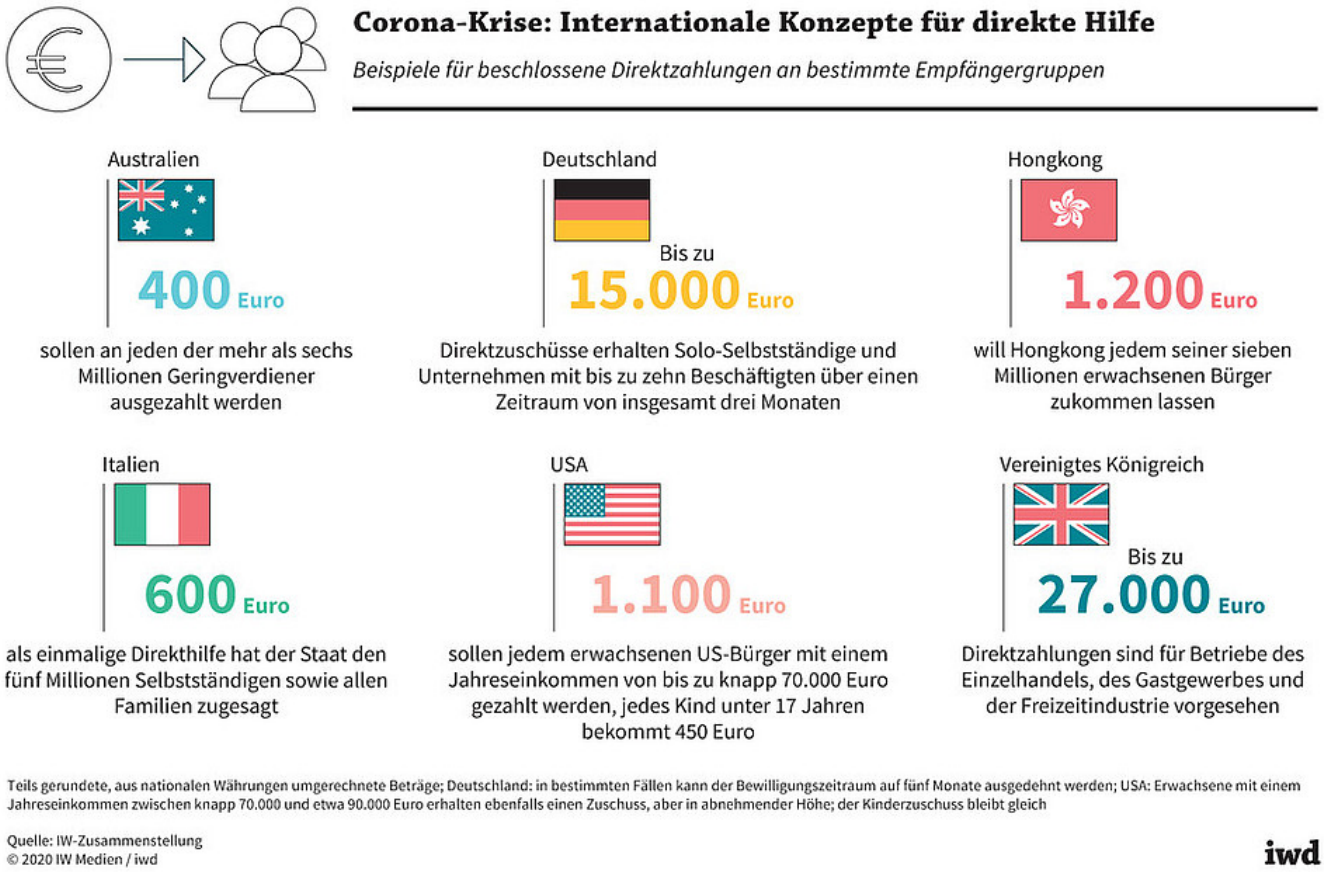
Kleine Betriebe gezielt unterstützen

Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie gewähren die USA und andere Länder großen Teilen ihrer Bevölkerung finanzielle Hilfen. Doch statt das Geld mehr oder weniger wahllos zu verteilen, sollte es besser an jene gehen, die unmittelbar unter der Krise leiden: Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständige.

Weil die rasante Verbreitung des Coronavirus in vielen Ländern die Wirtschaft in den Abgrund zu reißen droht, schnüren die Regierungen Hilfspakete in nie dagewesenem Ausmaß. Neben umfangreichen Kreditzusagen, Steuerstundungen und Bürgschaften sowie der Gewährung von Kurzarbeitergeld, das Entlassungen verhindern soll, gehören auch direkte finanzielle Transfers vielerorts zum Instrumentenkasten.

Dabei gehen manche Länder so weit, zum sogenannten Helikoptergeld zu greifen – also der gesamten Bevölkerung oder zumindest einem großen Teil davon einen bestimmten Betrag auszuzahlen. Ein prominentes Beispiel liefern die USA (Grafik):

Die Vereinigten Staaten wollen jedem erwachsenen US-Bürger, dessen Einkommen umgerechnet knapp 70.000 Euro nicht übersteigt, rund 1.100 Euro zukommen lassen. Unter 17-jährige Kinder erhalten pauschal etwa 450 Euro.



Auch die US-Amerikaner, die zwischen knapp 70.000 und etwa 90.000 Euro pro Jahr verdienen, haben Anspruch auf einen staatlichen Zuschuss – allerdings in abnehmender Höhe.

Hongkong steckt sogar jedem seiner sieben Millionen erwachsenen Bürger Geld zu – umgerechnet 1.200 Euro.

Solche Zuwendungen mögen erst mal sehr großzügig wirken, sind aber wenig zielgerichtet. Denn zumindest bislang ist vor allem die Angebotsseite der Wirtschaft von der Krise betroffen – indem die Behörden im Zusammenhang mit Kontaktverboten oder Ausgangssperren zahlreiche oder sogar alle Läden, Restaurants und Industriebetriebe geschlossen haben. Die meisten Verbraucher haben dagegen nach wie vor Geld, das sie ausgeben könnten – sie dürfen es nur nicht.

> Im Kampf gegen die Corona-Krise sind direkte Zahlungen an die gesamte Bevölkerung oder große Teile davon wenig hilfreich – sinnvoller ist es, gezielt besonders betroffene Gruppen wie Selbstständige

oder Kleinunternehmen zu unterstützen.

Eine sinnvollere Strategie fahren daher jene Länder, die Direktzahlungen gezielt an krisengeschüttelte Betriebe richten. Dazu gehört auch Deutschland – vor Kurzem hat die Bundesregierung Soforthilfen beschlossen, von denen beispielsweise Handwerker, Gastwirte, Fotografen, Musiker, Heilpraktiker und selbstständige Pflegekräfte profitieren sollen:

Solo-Selbstständige und Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten können über einen Zeitraum von drei – in bestimmten Fällen auch fünf – Monaten bis zu 9.000 Euro an Zuschüssen erhalten, Betriebe mit maximal zehn Beschäftigten bis zu 15.000 Euro.

Dies soll kleinen Unternehmen helfen, ihre laufenden Kosten zu decken, und verhindern, dass die vorübergehende Schließung von Läden und Gastronomiebetrieben sowie ausbleibende Aufträge die Insolvenz nach sich ziehen.

Diese direkte finanzielle Hilfe ist in Deutschland besonders wichtig, da es hier immerhin 3,1 Millionen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten sowie 2,2 Millionen Solo-Selbstständige gibt (siehe: „Corona-Krise trifft vor allem die Kleinunternehmen“). Viele von ihnen könnten allein mit zusätzlichen Kreditzusagen nicht überleben, da die Schulden ihre künftige Handlungsfähigkeit einschränken würden und sich die durch die Corona-Krise verlorenen Einnahmen nicht einfach nachholen lassen.

Kernaussagen in Kürze:

- Im Kampf gegen die Corona-Krise greifen manche Länder wie die USA zum sogenannten Helikoptergeld, zahlen also weiten Teilen der Bevölkerung einen bestimmten Betrag.
- Sinnvoller ist es jedoch, die besonders betroffenen Gruppen gezielt finanziell zu unterstützen, wie etwa Selbstständige und Kleinunternehmen.
- Deutschland zum Beispiel will Solo-Selbstständigen und kleinen Betrieben Direktzuschüsse von bis zu 15.000 Euro zukommen lassen.